

Pressemitteilung

Bau-Stopp der Bayer-Pipeline Keine Risiko-Leitung durch den Kreis Mettmann

Hilden, 02. August 2007

Dieter Donner
Pressekoordinator der
Initiativen Monheim, Hilden,
Langenfeld, Erkrath, Ratingen

Humboldtstraße 64
40723 Hilden
Telefon (02103) 65030
dietersdonner@arcor.de

Notfallszenario macht deutlich -

Bayer - Versorgung vor Sicherheit der Bevölkerung

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung beim Kreis Mettmann berät unter TOP 11 am 9.8.07 öffentlich über den Sachstand CO-Pipeline. In der Sitzungsvorlage (erstellt am 10.07.2007) werden auch Ausführungen zum „Notfallszenario“ gemacht.

Bisher hat sich Bayer strikte geweigert, sein Notfallszenario bekannt zu geben. Für Bayer und die Bezirksregierung aus gutem Grunde, wie sich nun zeigt. Denn entgegen den Annahmen des Gutachten zu den Auswirkungen von Lecks, das zur Planfeststellung vorgelegt wurde, wird nun klar, dass Bayer allenfalls bei einem Vollbruch tatsächlich die Leitungssektion, in der ein Schaden entsteht, abschlebern, ansonsten aber die gesamte Leitung in Richtung Uerdingen und in die Landschaft leerlaufen lassen will. In den Antragsunterlagen wurden als schlimmstes Szenario nach einem Vollbruch der Leitung nur beschrieben, wie viel Kohlenmonoxid bei einem 20mm-Loch aus einer Sektion austritt. Selbst das bedeutete eine tödliche Konzentration in einer Entfernung bis zu 230 m. Die Leitung ist aber fast siebenmal so lang und ein Baggerzahn z.B. ist 8 - 9 cm breit. Damit ist der Gefährdungsbereich erheblich weiter anzusetzen.

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat bei unserer Akteneinsicht am 23.07.2007 keinen Einblick in dieses „Notfallszenario“ geben können oder wollen. Nunmehr fordern wir Bezirksregierung und Landesregierung auf, sich unverzüglich für die Belange der Bevölkerung einzusetzen und den Baustopp der Bayer-Pipeline anzuordnen. Die jetzige Bau- und Betriebsart der CO-Leitung lässt offensichtlich erwarten, dass größere Leckagemengen an giftigem CO-Gas auch unterhalb eines Vollbruchs freigesetzt werden. Dadurch würde eine große Zahl von Personen betroffen sein und dem Todesrisiko ausgesetzt. Das müssen auch die beteiligten Regierungsstellen jetzt zur Kenntnis nehmen.

Wenn sich die Regierung jetzt nicht zu konsequentem Handeln durchringt, setzt sie sich dem Verdacht aus, wirtschaftliche Vorteile des Bayer-Konzerns über die Lebensinteressen Ihrer Bürgerinnen und Bürger zu stellen.